

---

# Der geplatzte Deal mit Paris

Mit einem französischen Kampffjet hätte sich die Schweiz auch eine europapolitische Partnerschaft erkaufen können. Und Milliarden an zusätzlichen Steuereinnahmen. Doch dann entschied sich der Bundesrat für den US-Flieger. «Die Kampfjet-Saga», Teil 1.

Eine Recherche von [Priscilla Imboden](#) (Text) und Alexander Glandien (Animation), 12.01.2022



Mittwochabend, 31. März 2021. Es herrscht gesellige Betriebsamkeit im Landgut Lohn, dem Gästehaus der Schweizer Regierung im bernischen Kehrsatz. Zu Gast ist hoher Besuch aus Frankreich: Wirtschafts- und Finanzminister Bruno Le Maire. Zum Nachtessen eingeladen haben Bundespräsident und Wirtschaftsminister Guy Parmelin sowie Finanzminister Ueli Maurer.

Was der Öffentlichkeit damals nicht bekannt war: Frankreich und die Schweiz planen ein historisches Abkommen, mit dem sie die nachbarschaftlichen Beziehungen auf beispiellose Weise vertiefen wollen.

Das Abkommen ist als Seitendeal gedacht: Es ist ein Nebenprodukt der Verhandlungen um die 8 Milliarden Franken teure Beschaffung neuer Kampffjets und eines Boden-Luft-Verteidigungssystems. Solche Gegengeschäfte sind bei grossen Rüstungskäufen üblich. Doch das Abkommen, das mit Frankreich angedacht ist, wäre für die Schweiz ein ganz besonderer Verhandlungserfolg. Es sieht regelmässige Kontakte auf Regierungsebene vor und will die Zusammenarbeit zwischen den Nachbarländern stärken: zum Beispiel bei der Bekämpfung grenzüberschreitender Kriminalität, in der Wissenschaft, der Bildung oder beim Ausbau von Verkehrsinfrastrukturen.

Für die Schweiz besonders interessant: Frankreich erklärt sich bereit, sich während seiner EU-Ratspräsidentschaft im ersten Halbjahr 2022 und darüber hinaus dafür einzusetzen, dass sich die Schweiz und die Europäische Union wieder annähern – in der aktuellen europapolitischen Blockadesituation eine wertvolle und willkommene Unterstützung. Gemeinsam mit Deutschland hat die französische Regierung in Brüssel sehr viel Gewicht.

Das ist aber noch nicht alles. Recherchen der Republik zeigen, dass das strategische Abkommen auch finanziell attraktiv gewesen wäre für die Schweiz. Die beiden Länder einigen sich darauf, dass Frankreich künftig einen höheren Teil seiner Steuereinnahmen aus den Löhnen von Grenzgängerinnen an die Schweiz überweisen soll.

Mehrere gut informierte Quellen bestätigen: Das Abkommen hätte der Schweiz über 30 Jahre hinweg schätzungsweise insgesamt etwa dreieinhalb Milliarden Franken zusätzliche Steuereinnahmen eingebracht.

Doch dieses Geld wird nicht fließen. Denn der Deal mit Frankreich platzt, als die Schweizer Regierung am 30. Juni 2021 verkündet, dass sie den amerikanischen Kampffjet kaufe. Nicht den französischen.

Was lange wie ein Schweizer Verhandlungserfolg aussieht, mündet in ein diplomatisches Fiasko und hinterlässt eine tief verärgerte französische Regierung. Auch weil die Kommunikation des Bundesrats in diesem Geschäft katastrophal versagte.

## **Rüstung ist immer politisch**

Anlass für die Verhandlungen zwischen Frankreich und der Schweiz für ein strategisches Abkommen bot das grösste Rüstungsgeschäft der Schweizer Geschichte. Die Schweizer Armee soll unter anderem mit neuen Kampffjets ausgerüstet werden. Kostenpunkt: 8 Milliarden Franken.

Die 30 alternden F/A-18 Hornet und die 20 veralteten F-5 Tiger der Schweizer Armee sollen ersetzt werden. Bundesrat und Parlament haben dafür 6 Milliarden Franken gesprochen, und die Bevölkerung stimmte dem Rahmenkredit im Herbst 2020 mit 50,1 Prozent äusserst knapp zu. Zudem soll für 2 Milliarden ein Boden-Luft-Abwehrsystem mittlerer bis grösserer Reichweite angeschafft werden.

Die Schweiz lud nur Anbieter aus westlichen Ländern ein, am Beschaffungsprozess teilzunehmen. Russische oder chinesische Technologie wurde im Einladungsverfahren gar nicht berücksichtigt, da die Schweiz sicherheitspolitisch mit der westlichen Nato-Allianz kompatibel sein muss.

Mit dabei waren die US-Kampffjets F-35 der Firma Lockheed Martin und F/A-18 Super Hornet von Boeing – das Nachfolgemodell der heutigen Kampffjets der Schweizer Luftwaffe – sowie die französische Rafale der Fir-

ma Dassault und der Eurofighter von Airbus, der von Deutschland, Spanien, Italien und Grossbritannien hergestellt wird. Zu Beginn war ausserdem der schwedische Gripen von Saab dabei, der aber nicht bis zum Schluss im Rennen blieb.

Für die Boden-Luft-Abwehr beurteilte die Schweiz ein französisches und ein US-amerikanisches System. Die USA und Frankreich nahmen also gleich an beiden Ausschreibungen teil. Aber bald schon rechnete sich Frankreich gute Chancen aus. Darauf deuteten die Zeichen aus der Schweiz.

Bereits vor dem geselligen März-Abend auf dem Landsitz Lohn hatte die Schweiz hohen Besuch aus Frankreich: Mitte März war die französische Verteidigungsministerin Florence Parly nach Bern geflogen und hatte sich mit ihrer Schweizer Amtskollegin Viola Amherd getroffen. Die Französin warb dabei intensiv für den Kampfjet Rafale. Die Vorsteherin des Schweizer Verteidigungsdepartements VBS überreichte ihr einen Bergkristall – so wie ihr Vorgänger Adolf Ogi jeweils ausländische Regierungsvertreter zu beschenken pflegte – und signalisierte laut mehreren Quellen: Die Schweiz könnte mit Frankreich ins Geschäft kommen.

Auch danach liefen die diplomatischen Drähte zwischen Bern und Paris heiss. Unter Federführung von Livia Leu, Staatssekretärin im Aussendepartement, verhandelten die Schweiz und Frankreich um das strategische Abkommen als Seitendeal zur Kampfjet-Beschaffung. Innerhalb weniger Monate reisten gleich mehrere Mitglieder der Schweizer Regierung nach Paris – ein unüblicher Besuchsreigen.

Justizministerin Karin Keller-Sutter traf Ende Mai ihren Amtskollegen, den Innenminister Gérald Darmanin, im Élysée-Palast, wo die Rafale laut Angaben aus ihrem Departement kein Thema war. Aussenminister Ignazio Cassis reiste Mitte Juni nach Paris und traf Jean-Yves Le Drian, den Europa- und Aussenminister Frankreichs. Und Bundespräsident Guy Parmelin telefonierte im ersten Halbjahr 2021 dreimal mit dem französischen Präsidenten Emmanuel Macron – zuletzt am 22. Juni 2021, nur acht Tage vor dem finalen Kampfjet-Entscheid, wie sein Departement bestätigt.

Der französische Botschafter in Bern, Frédéric Journès, war in dieser Zeit ein regelmässiger Gast im Aussendepartement. Und auch der Schweizer Botschafter in Paris, Roberto Balzaretto, tauschte sich rege mit dem Élysée aus.

Die Schweiz verhandelte mit keinem anderen Land so intensiv wie mit Frankreich. Für die Franzosen deutete alles darauf hin, dass sie mit dem Nachbarland ins Geschäft kommen könnten: Die Schweiz würde den Rafale kaufen. Und Frankreich würde der Schweiz in einem Gegengeschäft, dem strategischen Abkommen, grosse Zugeständnisse machen.

Doch dann kam der 30. Juni 2021. Und der Bundesrat entschied, die neuen Kampfjets und auch das Boden-Luft-Abwehrsystem aus den USA zu beschaffen.

## **Frankreich wendet sich ab**

Staatssekretärin Livia Leu flog am Tag der Entscheidung eigens noch mit dem Bundesratsjet nach Paris und versuchte dem Macron-Vertrauten Clément Beaune, dem französischen Staatssekretär für europäische Angelegenheiten, den Entscheid zu erklären, wie das Aussendepartement bestätigt. Beaune liess sich davon offenbar nicht beeindrucken und gab danach

zu Protokoll: «Offenbar hat die Schweiz entschieden, Europa den Rücken zu kehren.»

Die Schweizer Beziehungen zum Nachbarn sind seither angespannt. Das strategische Abkommen, das der Schweiz einen starken europapolitischen Partner beschert hätte, scheiterte, ausgerechnet kurz nachdem der Bundesrat die Verhandlungen um ein Rahmenabkommen mit der EU abgebrochen hatte. Die Schweiz steht heute so isoliert da in Europa wie schon lange nicht mehr.

Für Frankreich war der Schweizer Kampfjet-Entscheid eine bittere Enttäuschung. Der diplomatische Affront blieb nicht ohne Konsequenzen. Frankreich hat alle hochrangigen diplomatischen Kontakte abgebrochen. Das geht aus einer vertraulichen Notiz hervor, mit der Ignazio Cassis den Bundesrat im September informierte und die der Republik vorliegt: «Es wird ein Zusammenhang mit dem Kampfjet-Entscheid vermutet.»

Als Bundesrätin Viola Amherd im Oktober nach Brüssel reiste, um ihre europäischen Amtskollegen zu treffen, und eine mögliche Teilnahme der Schweiz am EU-Militärprojekt PESCO ankündigte, konnte sie mit der damaligen deutschen Verteidigungsministerin Annegret Kramp-Karrenbauer sprechen. Nicht aber mit der französischen Verteidigungsministerin Florence Parly.

Im November kam ein in Aussicht gestelltes Treffen zwischen dem Schweizer Bundespräsidenten Guy Parmelin und dem französischen Präsidenten Emmanuel Macron nicht zustande. Beide Seiten beteuerten, das Gipfeltreffen sei nicht abgesagt worden, sondern an «Terminproblemen» gescheitert – ausserdem habe Aussenminister Ignazio Cassis seinen Amtskollegen am Rande der Libyenkonferenz in Paris getroffen.

Trotzdem zeigt die Episode deutlich: Seit dem Kampfjet-Entscheid geniesst die Schweiz keine Priorität mehr auf der Agenda der Franzosen.

Die Schweiz hätte mit dem Kauf der Rafale die Beziehungen mit Frankreich auf eine neue Stufe heben können, sagte der französische Botschafter Frédéric Journès Anfang Dezember im Interview mit der NZZ: «Das haben die Schweiz und Frankreich seit den fünfziger Jahren nicht mehr getan, als sie entschieden, gemeinsam das Kernforschungszentrum Cern zu realisieren oder den Flughafen Basel-Mülhausen zu bauen.»

Doch stattdessen herrscht nun Eiseskälte. Auf die Frage, was Frankreich im Rahmen der EU-Ratspräsidentschaft für die Beziehungen mit der Schweiz tun werde, gab der Diplomat eine erstaunlich deutliche Antwort: «Wir planen im EU-Rat nicht, die Schweiz zu thematisieren.»

## **Zwist im Bundesrat**

Die Wahl des Kampfjets und die Verhandlungen mit Frankreich werfen ein zweifelhaftes Licht auf die Kommunikation des Bundesrats. Denn verschiedene Mitglieder der Landesregierung verfolgten ihre eigene Agenda und sprachen sich nicht ab. Das Resultat: ein europapolitischer Flurschaden.

So weit hätte es nicht kommen müssen. Zwar ist es üblich, dass Länder im Rahmen von Rüstungskäufen zusätzliche Deals abschliessen, um auch politisch von den ausgegebenen Milliarden zu profitieren. Der Bundesrat hatte aber schon zu Beginn festgelegt, dass politische Überlegungen bei der

Auswahl der Flugzeugtypen nur eine Rolle spielen sollten, wenn mehrere Anbieter gleich gut abschnitten.

Das hiess im Umkehrschluss: Der Bundesrat musste Seitendeals und aussenpolitische Überlegungen beim Kaufentscheid ignorieren, wenn in der militärischen Evaluation ein Flieger klar besser ist als die anderen.

Tatsächlich soll der Evaluationsbericht der Armasuisse Ende März 2021 laut Verteidigungsdepartement zeigen, dass der US-Tarnkappen-Kampffjet F-35 im Auswahlverfahren siegte. Der Bericht selbst ist zwar nach wie vor geheim, aber Verteidigungsministerin Viola Amherd sagte am Tag des Bundesratsentscheids: «Der F-35 hat mit klarem Abstand zu seinen Mitbewerbern die höchste Punktzahl erzielt.»

Geht man also davon aus, dass ab April klar war, dass die Amerikaner in der Beurteilung am besten abschneiden, hätte der Bundesrat spätestens ab diesem Zeitpunkt gegenüber Frankreich auf die Bremse stehen müssen.

Es geschah aber das Gegenteil: Die Schweiz führte ihre diplomatische Charmeoffensive gegenüber Frankreich weiter.

Wieso? Hat Verteidigungsministerin Viola Amherd die Informationen aus der Evaluation ihren Kolleginnen im Bundesrat vorenthalten? Oder war das Resultat der Evaluation zu diesem Zeitpunkt noch gar nicht so eindeutig? Es gibt dazu widersprüchliche Erklärungen.

Das VBS schreibt auf Anfrage, die Evaluation sei seit Anfang 2021 im Sicherheitsausschuss des Bundesrats Thema gewesen. Diesem gehören die Bundesrätinnen Viola Amherd, Karin Keller-Sutter sowie Ignazio Cassis an. Ferner: «In der Sitzung von Mitte Mai hat die Chefin VBS die Ergebnisse ausführlich dargelegt und transparent darüber informiert, dass der F-35A in der Kosten-Nutzen-Analyse mit grossem Abstand den höchsten Nutzen und die tiefsten Kosten aufgewiesen hat.» Damit sei für die drei Bundesräte klar gewesen, dass es keinen politischen Handlungsspielraum gebe und aussenpolitische Überlegungen nicht berücksichtigt werden könnten.

Damit bestätigt das VBS offiziell Recherchen der Westschweizer Zeitung «Matin Dimanche», wonach die Bundesrätinnen Viola Amherd und Karin Keller-Sutter Mitte Mai ihren Kollegen Ignazio Cassis gewarnt hatten, es sei sinnlos, mit Frankreich über ein politisches Abkommen zu verhandeln. Doch Aussenminister Cassis habe die Warnung ignoriert. Und auch Bundesrat Ueli Maurer liess sein Departement in Paris weiter über die stärkere Besteuerung der französischen Grenzgängerinnen verhandeln.

Eine andere Sicht der Dinge vertritt das Aussendepartement EDA. Bis kurz vor dem Entscheid sei nicht klar gewesen, ob bei der Wahl Raum bestehe für politische Überlegungen, erklärt das Departement von Cassis die fehlende Zurückhaltung gegenüber Frankreich.

Klar ist: Die Verhandlungen mit Frankreich führten zum Streit im Bundesrat. Bundesrätin Amherd ärgerte sich über die diplomatischen Aktivitäten von Cassis. Er und Maurer wollten die Früchte ihrer Verhandlungen mit Frankreich ernten und setzten sich laut mehreren bundesratsnahen Quellen für den Kauf des französischen Kampffjets Rafale ein.

In einer ersten Entscheidungssitzung konnte sich die Landesregierung deshalb nicht auf einen Flugzeugtyp einigen und musste das Geschäft verschieben.

Viola Amherd benötigte zusätzliche Argumente, um ihre Kollegen zu überzeugen. Sie bestellte beim Bundesamt für Justiz ein Rechtsgutachten. Die Bundesjuristinnen klärten ab, ob der Bundesrat den Sieger des militärischen und technischen Evaluationsverfahrens übergehen und stattdessen auch nach aussenpolitischen Kriterien entscheiden dürfe.

Das Gutachten wiederholte, was der Bundesrat bereits zwei Jahre zuvor in seiner eigenen Botschaft zum Rahmenkredit festgestellt hatte: Politische Aspekte dürften bei der Beschaffung nicht berücksichtigt werden, da die Angebote nicht gleichwertig seien.

Zwar könnten Entscheide bei Rüstungsbeschaffungen nicht eingeklagt werden, so das Gutachten. Aber die Bewerber gingen «zu Recht davon aus, dass der Bundesrat in Anwendung der definierten Zuschlagskriterien entscheiden und davon nicht abweichen» werde. Im Vertrauen auf ein faires Verfahren hätten sie hohe Kosten auf sich genommen, um am Bewerbungsprozess teilzunehmen. «Wird dieses Vertrauen enttäuscht, liegt darin eine Verletzung des Grundrechts von Treu und Glauben», schrieb das Bundesamt für Justiz.

Nur zwei Tage vor dem Entscheid legte Verteidigungsministerin Amherd das Gutachten vor. Damit überzeugte sie schliesslich Bundespräsident Parmelin, der bis dahin zögerte. Die beiden SP-Bundesräte unterstützten den Antrag Amherds, denn für viele ihrer eigenen Geschäfte sind sie auf die Mittepolitikerin angewiesen.

So kam es am 30. Juni 2021 zum Kampfjet-Entscheid der Regierung.

Die Schweiz müsse das technologisch überlegene und darüber hinaus finanziell vorteilhafteste Kampfjet-Angebot wählen, argumentierte der Bundesrat. Das sei nach einer sorgfältigen Evaluation der amerikanischen Tarnkappenbomber F-35.

Gleichzeitig liess der Schweizer Bundesrat Paris bis zuletzt im Glauben, Frankreich erhalte den definitiven Zuschlag.

Man könnte nun den geplatzten Deal und seine Konsequenzen als aussenpolitische Ungeschicktheit bezeichnen, wenn das Auswahlverfahren des Kampfjets über alle Zweifel erhaben, der US-Kampfjet F-35 eindeutig der beste und auch der billigste Kampfjet wäre.

Doch ist er das wirklich?

---

**Lesen Sie in Teil 2 der Kampfjet-Serie:** Intransparentes Auswahlverfahren, optimistische Kostenrechnungen, Änderungen von Kriterien in letzter Minute: Das Verfahren für die grösste Rüstungsbeschaffung der Schweizer Geschichte, von innen betrachtet.

---

### **Zum Update: Absturz vorprogrammiert**

Das Anliegen ist berechtigt, die Erfolgchancen aber gleich null. Selbst vonseiten der Friedensbewegung erklingt nun die Forderung: Lasst die Stopp-F-35-Initiative fallen. [Hier gehts zum Update](#).